Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4896

Landesjugendring
Schleswig-Holstein e.V.

Landesjugendring SH e.V. • Holtenauer Straße 99 • 24105 Kiel

Martin Habersaat,
Vorsitzender des Bildungsausschusses

bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Kiel, d. 02.06.2025

**Stellungnahme zu den Anträgen**
**Für eine Schulkultur gegen Rechtsextremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/3059 Alternativantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/3096 Antidemokratische, menschenfeindliche, rechtsextreme und andere extremistische Haltungen an Schulen nicht akzeptieren – Schulen unterstützen Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 20/3099**

Sehr geehrter Herr Habersaat,

sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

hiermit folgen wir Ihrer Einladung zur Stellungnahme zu den oben genannten Anträgen.

Der Landesjugendring Schleswig-Holstein begrüßt ausdrücklich, dass sich der Bildungsausschuss des Landtags mit Strategien gegen antidemokratische, menschenfeindliche und insbesondere rechtsextreme Tendenzen an Schulen beschäftigt. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Schule und außerschulischen Bildungsorten, für junge Menschen zentrale Orte demokratischer Bildung und der Persönlichkeitsentwicklung zu sein. Diese Orte müssen als Schutzräume für Vielfalt, Toleranz und Menschenrechte erhalten und gestärkt werden. Die Expertise des Landesjugendrings liegt dabei vor allem im non-formalen Bildungsbereich, weshalb wir im Folgenden davon absehen, konkrete Vorschläge zur Umsetzung von Maßnahmen im System Schule zu unterbreiten.

Der Landesjugendring Schleswig-Holstein handelt aus einem politischen Selbstverständnis heraus, das unabhängig von parteipolitischen Programmen ist, aber klar verankert ist in einem Wertegerüst, das Demokratie, Menschenrechte, Bildungsgerechtigkeit und Vielfalt in den Mittelpunkt stellt. Diese Werte zu schützen und weiterzuentwickeln, verstehen wir als gemeinsame Aufgabe, bei der alle mitdenken und mitarbeiten müssen. Verantwortung darf nicht auf Einzelne abgeschoben werden, sondern muss geteilt und gemeinsam getragen werden. Dies gilt auch für Schulen. Der Landesjugendring bekennt sich unmissverständlich zu seiner Verantwortung und hat daher in den vergangenen Jahren auf seinen Vollversammlungen folgende Beschlüsse gefasst:

- „Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse sind eigenständige, unabhängige politische Akteurinnen“* (2025),[1]
- „Nein zu Rechtsextremismus und Antisemitismus – Haltung zeigen und Dialog ermöglichen“ (2023)[2] und
- „Rechtspopulismus entgegentreten – die AfD ist keine Gesprächspartnerin“ (2017)[3].

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir, dass sich alle in und an Schule Beteiligten klar gegen die Normalisierung extrem rechter Haltungen, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus sowie gegen alle Formen von Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung stellen.

Wir fordern Bildungseinrichtungen und alle Beteiligten auf, sich klar zu positionieren. Schule und außerschulische Lernorte – wie Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse – tragen Verantwortung für das gesellschaftliche Klima, in dem junge Menschen aufwachsen.

Als Unterstützung bedarf es unter anderem Handlungsempfehlungen und Fortbildungen für den Umgang mit demokratiefeindlichen und menschenfeindlichen Haltungen und Handlungen, die in der Breite genutzt werden. Damit dies gelingt, müssen sie niedrigschwellig gestaltet, bekannt gemacht, mit klaren Hilfestellungen versehen und praxisnah umgesetzt werden. Darüber hinaus gilt es, auch Schüler*innen selbst Handlungssicherheit zu geben, wenn ihnen im Schulalltag oder außerhalb entsprechende Vorkommnisse begegnen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jochen Wilms

Vorsitzender

[1] https://www.ljrsh.de/positionen/view//2672
[2] https://www.ljrsh.de/positionen/view//2310
[3] https://www.ljrsh.de/positionen/view//68